

Liebe LeserInnen,

Neue WOCHE Editorial



„Aber in diesem Jahr ist etwas anders. So mancher fragt: Warum zurückblicken? (...) Was können wir feiern in einer Zeit, in der hundertaufende Männer, Frauen und Kinder bei uns Zuflucht suchen? Einer Zeit, in der wir vor so immensen Aufgaben für unsere Gesellschaft stehen?“ Diese Fragen warf Bundespräsident Joachim Gauck beim Festakt zum 25. Jahrestag der deutschen Einheit in Frankfurt am Main auf. Seine Antwort klingt zuversichtlich: Es gebe etwas zu feiern, denn die Einheit sei aus der „Friedlichen Revolution erwachsen“, welche gezeigt habe: „Wir Deutschen können Freiheit.“ Ist es angesichts der aktuellen Situation tatsächlich möglich, eine „Einheit“ zu feiern?

Gauck zog in seiner Rede Parallelen zwischen der Wiedervereinigung vor 25 Jahren und der Integration von Flüchtlingen heute. Es sind große bewegende Worte, die der Bundespräsident in seiner Ansprache hält. Ausführlich legt er die Herausforderungen der Vergangenheit und der Zukunft dar – und für letztere findet er trotz aller Schwierigkeiten Zuversicht. Denn es seien die Werte der Gesellschaft, welche die deutsche Einheit ermöglicht hätten und es gelte nun bezüglich der Flüchtlingskrise, „wiederum und neu, die innere Einheit zu erringen“.

Es wäre schön, wenn der Bundespräsident Recht behält, und den Neuankömmlingen – wie er zum Abschluss seiner Ansprache sagt – „Ein Leben – wie es unsere Nationalhymne beschreibt – in Einigkeit und Recht und Freiheit“ geboten werden kann. Doch, ob dies wirklich realisiert werden mag, scheint von Tag zu Tag mal mehr, mal weniger vorstellbar. Diese Hoffnung wird getrübt durch „Uneinigkeit“ zwischen einigen Bundesländern! Wenn es schon innerhalb der Bundesrepublik zu Streitigkeiten in einigen Fragen der Asylpolitik und Verteilung der Neuankömmlinge kommt, wie kann es dann erst auf europäischer Basis zu Solidarität und Übereinstimmung kommen? Und vor allem letzteres ist schließlich – wie auch Gauck betonte („Es kann keine Lösung in der Flüchtlingsfrage geben – es sei denn, sie ist europäisch.“) – Voraussetzung, um die Herausforderungen der Migrationswelle bewältigen zu können. Sogar am Tag der Einheit kam es innerhalb der Bundesländern zu gegenseitiger Kritik, Beschuldigungen und scharfen Debatten. So kritisierte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann die niedersächsische Regierung, weil das Land weniger Flüchtlinge aufnehme als es müsste, wohingegen Bayern im September über 16.000 mehr Asylbewerber aufgenommen habe, als es nach Verteilung der Länder vorgesehen sei. Anstatt gemeinsam an einer gerechten Asylpolitik zu arbeiten, schieben sich die Länder untereinander Schuld und Verantwortung zu. Könnte die Zerbrechlichkeit einer „Einheit“ deutlicher werden?



Hunderte Menschen verfolgen in Frankfurt am Main vor der Alten Oper die Übertragung der Ansprache von Bundespräsident Joachim Gauck beim Festakt zur Feier von 25 Jahren deutscher Einheit.

Ob der Tag der Einheit in diesem Jahr ein Grund zu feiern ist? Auf jeden Fall! Dennoch gibt es Anlass genug, dass die Antwort zwiespalten ausfallen könnte: Gewiss, es gibt bei einem Rückblick in das vergangene Vierteljahrhundert genügend Gründe, erbrachte Leistungen zu würdigen. Zugleich zeichnet sich aber ab, wie fragil eine Einheit letztendlich doch ist und bleibt. Der Bundespräsident spricht davon, dass der Zusammenhalt gewahrt werden müsse „zwischen denen, die hier sind, aber auch Zusammenhalt hergestellt werden müsse mit denen, die neu hinzukommen“. Man müsste dem noch einen dritten Zusammenhalt hinzufügen: den zwischen den Regierungen der einzelnen Ländern. Nur darauf aufbauend kann das bisherige gewahrt und neues bewältigt werden.

Bis nächste Woche Ihre Nadine Halberkann

70 das neue 60? Die WHO sagt: Soweit sind wir noch lange nicht

Genf (dpa) – Dem Älterwerden gewinnt Dänemarks Königin Margrethe II. (75) Vorteile ab: „Man hat ganz andere Erfahrungen als früher“, sagte sie Reportern. US-Bestsellerautorin Siri Hustvedt (60) findet: „Es gibt viele Freuden – ich kann es nur empfehlen als Lebensabschnitt.“ Und Hollywood-Star Dustin Hoffman (78) verrät: „Es gibt Dinge, die ich am Ältern sehr genieße.“ Schön für die Stars, mag mancher „Ü70“ denken. Am Morgen hat er seine Pillen gegen Diabetes, Bluthochdruck, Arthroseschmerzen und ein, zwei weitere Leiden geschluckt. Nun blättert er durch die Zeitschriften im überfüllten Wartezimmer seines Hausarztes. „Das wahre Leben ist wohl anders, jedenfalls meins.“ Das sieht die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf ähnlich. Am Mittwoch hat sie ihren ersten „Weltbericht über Altern und Gesundheit“ veröffentlicht. Er beginnt mit einer erfreulichen Feststellung: „Zum ersten Mal in der Geschichte können die meisten Menschen erwarten, weit in die Sechziger und darüber hinaus zu leben“, wird WHO-Generaldirektorin Margaret Chan zitiert.

Mehr und bessere Nahrung, die Entwicklung von Insulinlösungen und der Antibiotika, weniger körperlich schwere Arbeit durch moderne Technik – viele Faktoren haben dazu geführt, dass etliche Menschen deutlich länger leben als früher. Forscher sprechen gar von einem „geschenkten Jahrzehnt“ an Lebenszeit.

Wunderbar sei das, sagt die WHO. Aber das Altern von Körper und Geist sei damit ja leider nicht abgeschafft. Und schon gar nicht seien es alterstypische Krankheiten. Das Längerleben – so sehr manche auch in der Lage sein mögen, es zu genießen – wird scheinbar für

immer mehr Ältere zum bloßen „Längertüberleben“. Umfassendere Datenerhebungen stehen dazu noch aus. Aber längst ist klar, dass eine längere Lebenszeit nur zu oft mit erheblichen Beeinträchtigungen durch mehrere nicht heilbare Leiden einhergeht. Der WHO-Fachausdruck lautet „Multimorbidity“, was sich mit „Vielfacherkrankungen“ übersetzen lässt. Für Deutschland zum Beispiel heißt das laut dem jetzt vorgelegten Bericht: „Nahezu ein Viertel aller 70- bis 85-Jährigen leidet an fünf oder mehr Krankheiten gleichzeitig.“ Das bedeutet nun nicht, dass ein solches Leben unerträglich sein muss. Viele der hier gemeint, oft alterstypischen Krankheiten lassen sich in den Griff bekommen: Gegen Schwerhörigkeit gibt es Hörgeräte, gegen schwere Augenleiden relativ sichere Laseroperationen. Diabetes lässt sich über Jahre mit Medikamenten eindämmen, ebenso Herz-Kreislauf- und viele andere Probleme.

Doch bei allen Fortschritten der Pharmaforschung und Medizintechnik ist nach Ansicht der WHO-Experten der weit verbreitete Slogan „70 ist das neue 60“ völlig daneben, weil einfach viel zu oberflächlich, ja sogar gefährlich: „Er verleitet zu der Schlussfolgerung, dass Menschen in ihren 70er Lebensjahren heute viel besser in der Lage seien, sich um sich selbst zu kümmern, und deshalb weniger Einsatz der Politik erforderlich sei, um ihnen zur Hilfe zu kommen.“ Dabei ist wohl oft das Gegenteil der Fall, wie das Beispiel Deutschland zeigt. „Schon jetzt macht allein der Anteil der über 60-jährigen Krankenhauspatienten 50 Prozent aus – obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 27 Prozent beträgt“, sagt Eugen Brysch, Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz.

Blick in die Presse

Die „Neue Zürcher Zeitung am Sonntag“ kommentiert die Tätigkeit deutscher Steuerfahnder bei Angestellten Schweizer Banken: „Seit einiger Zeit schon läuft eine aus Bochem gesteuerte Operation, bei der Staatsanwälte zu Instituten Kontakt aufnehmen, um detaillierte Informationen über das grenzüberschreitende Geschäft einzufordern. Ziel ist es, dank neuem Datenmaterial neue Verfahren gegen Banken und Angestellte einzuleiten, um die Betroffenen dann zur mehr oder weniger freiwilligen Be-

zahlung einer Busse (Buße) zu zwingen. All das ist eine unverhüllte Geldbeschaffungsaktion deutscher Bundesländer. Die treibende Kraft sitzt in Nordrhein-Westfalen und heisst Norbert Walter-Borjans. Der Finanzminister schwärmte kürzlich von der „sensationalen Rendite“, die er mit seinen Aktionen bisher erzielt habe. Leider schaut Bern diesem Treiben passiv zu - oder gar krampfhaft weg, um den grossen Nachbarn nicht zu ärgern, auf dessen Goodwill man ja in der Einwanderungsfrage angewiesen ist.“

Aus aller Welt



Nach dem Beschuss eines Krankenhauses im nordafghanischen Kundus haben die USA eine Untersuchung des Zwischenfalls eingeleitet. Die Einrichtung der Organisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) wurde offenbar wesentlich von US-Bomben getroffen. Nach MSF-Angaben starben mindestens 19 Menschen. Es handele sich um zwölf MSF-Mitarbeiter und sieben Patienten, darunter drei Kinder, sagte MSF-Sprecherin Christiane Winje.



Griechenland bringt Hunderte Flüchtlinge in einer bislang leerstehenden Halle der Olympischen Spiele vom Jahr 2004 in Athen unter. Am Donnerstagmorgen holten Busse mehrere hundert Migranten von dem zentralen Viktoria-Platz in Athen ab und brachten sie zu der Halle im Stadtteil Galatsi. Am Viktoria-Platz herrschten seit Wochen gesundheitsgefährdende Zustände. In der Halle hatten während der Spiele 2004 die Tischtennis-Wettbewerbe stattgefunden.



Der Vizepräsident der kolumbianischen Friedensdelegation, Humberto de la Calle, spricht auf einer Konferenz. Nach dem Durchbruch bei den Friedensverhandlungen mit der kolumbianischen Regierung wollen die linken Farc-Rebellen in Zukunft auf ihre militärische Ausbildung verzichten. Er habe dem Farc-Apparat den entsprechenden Befehl gegeben, schrieb der Farc-Anführer Rodrigo Londono alias „Timochenko“ in dem Kurznachrichtendienst Twitter.

Vorschau Ausgabe 40/15

Seite 10: Sonderseite „Tag der Einheit“: Reisen, Kaufen und was noch? Blick auf 25 Jahre Einheit

Seite 11: Polizei geht nach tödlichem Anschlag in Sydney von Terrorakt aus

Seite 12: Österreichischer Pavillon auf der „Fine Food Australia“ im Olympischen Park Begrüßung der neuen Leiterin des Goethe-Instituts Australien, Sonja Griegoschewski

Seite 13: Drei Wochenenden Oktoberfest im Concordia Club Gemütliche „Wiesn“-Stimmung Down Under bei einem „Prosit der Gemütlichkeit“

Seite 17: Schützen vor Ungemach: Die „Rentierpolizei“ und Wilhelm Busch's Verse – Die Hürtiggrute Teil 5

Gedenk-/Feiertage

26. Oktober	Österreichischer Nationalfeiertag
31. Oktober	Reformationstag
1. November	Allerheiligen
18. November	Buß- und Betttag
6. Dezember	St. Nikolaus



Währungstabelle vom 5. Oktober 2015

... always reliable, always punctual
International Forwarding Agents and Licensed Customs Brokers
phone Henning Harders Pty Ltd on (02) 9358 5100 or (03) 9335 5644

Kursnotierungen:

Land	Währung	Ankauf	Verkauf
Europa	Euro	0.5936	0.6602
Schweiz	SF	0.6526	0.7205
USA	US \$	0.6756	0.7372

Achtung Touristen: Die angegebenen Kurse entsprechen dem amtlichen Mittelkurs bei bargeldloser Verrechnung. Die Umtauschquoten für Bargeld oder Traveller Cheques liegen in der Regel um einige Prozentpunkte höher (Ankauf) oder niedriger (Verkauf). Umrechnungskurse immer bezogen auf 1 Australien-Dollar (ohne Gewähr).

Impressum



Foreign Media Australia Pty. Ltd.

ABN: 42167437943

Redaktion: 406 / 212 Bondi Road, Bondi NSW 2026
Postanschrift: PO Box 187, Bondi Road Post Office, Bondi NSW 2026

Telefon: 02 8283 5105 Mobile: 0451 790 403
Email: neueweche@tpg.com.au

Geschäftsführende Chefredakteurin (Managing Editor)
Nadine Halberkann

Korrespondenten

Nadja Mack (Melbourne, VIC), Dr. Olaf Konstantin Krueger (Adelaide, SA), Wolfgang Kreuzer (Brisbane, QLD) Tel.: 0409 894 575, Wolfgang Leonhardt (Perth WA) Tel.: (08) 9302 4942

Printed by New Age Printing Pty. Ltd., 25 Clyde Street, Rydalmere NSW 2116, T. (02) 9684 4406
Distributed by Wrapaway, 36A/1/34 Fitzroy St., Marrickville NSW 2204, T. (02) 9550 1622

Nicht ausdrücklich gekennzeichnete Beiträge und Bilder sind dpa Berichte und dpa Fotos! Für unverlangt eingesandtes Material sowie Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung erfolgt nur, falls ein adressierter Freumschlag beigelegt ist.

Außenminister Steinmeier will Zusammenarbeit in Syrien und bei Flüchtlingen

New York (dpa) – Deutschlands Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat Russland nach den Luftangriffen in Syrien vor weiteren Alleingängen gewarnt. Das Morgen könne nur durch gemeinsames Vorgehen beendet werden, sagte Steinmeier am Donnerstag vor der UN-Vollversammlung in New York. „Statt einsamer Entscheidungen Einzelner, zuletzt Russlands, nun auch direkt militärisch in Syrien einzugreifen, brauchen wir den politischen Einsatz für eine Transformation.“

Trotz aller Meinungsverschiedenheiten gebe es in dem Konflikt auch gemeinsame Ziele wie den Erhalt der territorialen Einheit des Landes.

Die brutale Diktatur von Machthaber Baschar al-Assad müsse aber beendet werden. Zugleich gelte es, die Herrschaft der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) zu brechen. Um die Zukunft Assads hatten vor allem die USA und Russland heftig gestritten: Washington und viele andere Länder wollen einen Neuanfang, Russland sieht Assad trotz



Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD, vorne) spricht in New York, USA, mit Journalisten.

der brutalen Unterdrückung als Anker der Stabilität.

In der Flüchtlingskrise mahnte Steinmeier abermals eine „europä-

sche Lösung“ an. Deutschland habe seit Beginn des Jahres 600.000 Flüchtlingen aufgenommen. Täglich kämen bis zu 10.000 hinzu. „Die-

se Zahlen zeigen, dass auch wir auf Dauer dieser Aufgabe alleine nicht gewachsen sind.“ Zugleich müssten aber auch Staaten wie die Türkei, Libanon und Jordanien besser unterstützt werden, „damit nicht eine Flüchtlingswelle die nächste auslöst“.

Griechenlands Ministerpräsident Alexis Tsipras sprach sich vor der Vollversammlung für Offenheit aus. „Manche können mit dieser Herausforderung nur umgehen, indem sie höhere Mauern bauen, Migranten mit Gewalt zurückdrängen und sicherstellen, dass jemand anders für sie zuständig ist - so weit wie möglich“, sagte Tsipras. „Wir glauben nicht, dass die Zukunft Europas und der Welt in höheren Mauern oder sterbenden Kindern vor unserer Haustür liegt. (...) Wir können es nicht zulassen, dass Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unsere gemeinsamen Prinzipien zerstören“, sagte Tsipras.

Außergewöhnlich scharf war die Rede des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Er

griff nicht nur die erklärten Feinde seines Landes, sondern auch die Vereinten Nationen selbst an. „Die UN sind extrem feindlich gegenüber Israel, der einzigen Demokratie im Nahen Osten“, sagte er. „Wir erleben hier ein exzessives Niedermachen Israels.“ In den vier Jahren des Mordens in Syrien habe die UN-Vollversammlung nur einmal die Gewalt in Syrien verurteilt, aber 20 Mal Israel.

Netanjahu sagte, dass das Atomabkommen mit dem Iran die Kriegsgefahr im Nahen Osten erhöhe. „Es macht nicht Frieden wahrscheinlicher, wenn man den aggressiven Iran mit Dollar und Waffen versorgt, sondern Krieg“, sagte er. „Mehr Geld durch den Kompromiss bedeutet mehr Repression im Iran und mehr Aggression aus dem Iran.“ Teheran habe den Westen ausgetrickst.

Indiens Außenministerin Sushma Swaraj warf dem Nachbar Pakistan Terrorismus gegen ihr Land vor. „Niemand von uns kann akzeptieren, dass Terrorismus ein legitimes Instrument des Regierens ist.“

Bundestag weitet Bundeswehreinsatz gegen Schleuser aus

Berlin (dpa) – Die Bundeswehr darf künftig gezielt gegen Schleuserbanden im Mittelmeer vorgehen. Der Bundestag beschloss am Donnerstag, dass bis zu 950 Marinesoldaten Schiffe von Menschenenschmugglern stoppen und zerstören dürfen. Bislang ist die Militäroperation der Europäischen Union im Mittelmeer auf das Sammeln von Informationen und die Rettung schiffbrüchiger Flüchtlinge begrenzt.

Im Bundestag stimmten 450 von 568 anwesenden Abgeordneten für eine Ausweitung des Einsatzes. Linke und Grüne lehnen dies als „Symbolpolitik“ strikt ab.

Die Bundeswehr hat seit Anfang Mai bereits etwa 8000 schiffbrüchi-

ge Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet. Die EU-Mission zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität begann im Juni.

Insgesamt sollen an dem Einsatz sieben Schiffe teilnehmen. Zudem sollen Flugzeuge, U-Boote, Drohnen und Hubschrauber eingesetzt werden.

Aus Deutschland sind die Fregatte „Schleswig-Holstein“ und das Versorgungsschiff „Werra“ mit insgesamt 320 Soldaten beteiligt. Damit ist der Einsatz aktuell bereits der drittgrößte der Bundeswehr nach denen in Afghanistan und im Kosovo. Die neue Obergrenze von 950 Soldaten übertrifft sogar die des Afghanistan-Einsatzes von 850.

Deutscher Spitzendiplomat wird neuer UN-Vermittler für Libyen



Martin Kobler

New York (dpa) – Der deutsche Spitzendiplomat **Martin Kobler** wird neuer Sondervermittler der Vereinten Nationen für das Bürgerkriegsland Libyen. Der bisherige Leiter der UN-Friedensmission im Ostkongo tritt die Nachfolge des Spaniers Bernardino León an, wie am Donnerstag am Rande der UN-Vollversammlung in New York von Diplomaten verlautete. Offiziell gab es dafür von den Vereinten Nationen zunächst keine Bestätigung.

Der 62-Jährige gehört zu den wenigen deutschen Diplomaten, die innerhalb der UN Erfahrung mit Spitzenposten haben. Kobler war für die Vereinten Nationen auch schon im Irak und in Afghanistan im Einsatz.

In Libyen hatten sich die Konfliktparteien nach monatelangen Verhandlungen kürzlich auf den Text für ein Friedensabkommen geeinigt. Ziel ist nun, bis Mitte Oktober eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden.

Gouverneur von Kundus: Die Bundeswehr hat uns alleine gelassen

Kundus (dpa) – Nach der Taliban-Offensive in Kundus hat der amtierende Gouverneur die Rückkehr der Bundeswehr in die Unruheprovinz gefordert. „Wir machen sie nicht für den Fall von Kundus verantwortlich, aber wir sind enttäuscht darüber, dass sie uns alleine gelassen haben“, sagte Hamdullah Daneschi der Deutschen Presse-Agentur am Telefon. „Wir würden uns sehr wünschen, dass die Deutschen zurückkommen.“ Amnesty International warf den Taliban Morde, Vergewaltigungen und Entführungen nach der Eroberung von Kundus vor. Im Osten Afghanistans kamen beim Absturz eines Militär-Transportflugzeugs sechs US-Soldaten und fünf Zivil-

listen ums Leben. Die radikalislamischen Taliban behaupteten, den Flieger abgeschossen zu haben.

Die Aufständischen hatten Kundus Anfang der Woche erobert, wurden am Donnerstag aber wieder von Regierungstruppen vertrieben. Die Bundeswehr war vor zwei Jahren aus der Provinz abgezogen. Rund 700 deutschen Soldaten sind 150 Kilometer entfernt in Masar-i-Scharif stationiert. „Wir haben den Deutschen mehrfach gesagt, dass wir sehr besorgt über ihren Abzug sind“, sagte Daneschi. „Wir wussten, dass wir die Lage nicht alleine würden kontrollieren können. Aber sie haben uns alleine gelassen. Die Entscheidung, aus Kundus abzuziehen, war verfrüht.“



Afghanische Sicherheitsbeamte gehen an einem verbrannten Autowrack vorbei.

Waffenabzug in der Ukraine – Nach Paris-Gipfel weiter Streit um Wahl

Paris (dpa) – Nach dem Ukraine-Gipfel in Paris mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gibt es im Konfliktgebiet Donbass Zeichen einer Entspannung. Sowohl prorussische Separatisten als auch Regierungseinheiten begannen am Samstag nach eigenen Angaben mit dem vereinbarten Teilabzug von Waffen. Ein Streitpunkt bleiben aber die von den Aufständischen geplanten Kommunalwahlen, die die Regierung in Kiew ablehnt. Das Problem konnte auch beim Treffen der Staats- und Regierungschefs in der französischen Hauptstadt nicht gelöst werden.

Die Separatisten in Luhansk teilten mit, Kriegsgüter mit einem Kaliber von weniger als 100 Millimeter in Etappen von der Front abzutransportieren. „Als erstes werden wir Panzer abziehen. Wir rechnen damit, dass wir das bis zum Abend in zwei Frontabschnitten geschafft haben“, sagte ein Sprecher. Die Waffen würden mindestens 15 Kilometer von der Front stationiert. Die Aufständischen in Donezk kündigten an, nach dem 18. Oktober mit dem Abzug zu beginnen. Für diesen Tag ist eine umstrittene Wahl im Separatistengebiet geplant.

In der Hauptstadt Kiew sagte Präsidentschaftssprecher Andrej Lyssenko, auf Anweisung von

Staatschef Petro Poroschenko habe auch die ukrainische Armee den Teilabzug gestartet. „Die praktische Etappe des Abzugs von Ausrüstung und Technik, darunter Panzer, bis mindestens 15 Kilometer von der Trennlinie hat begonnen“, meinte er.

Für den Teilabzug sind 41 Tage vorgesehen. Die Konfliktparteien hatten sich auf eine Kontrolle durch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verständigt. Von der OSZE gab es zunächst keine Bestätigung für die Schritte beider Seiten.

Der Teilabzug war vor wenigen Tagen von den Aufständischen und der Zentralregierung vereinbart worden. Er war auch von Kanzlerin Merkel und Krimlchef Wladimir Putin sowie dem ukrainischen Präsidenten Poroschenko und Frankreichs Staatschef François Hollande in Paris am Freitagabend besprochen worden. Massiv gestritten wird aber weiter über Wahlen in den Separatistengebieten, die die Aufständischen ohne die Regierung in Kiew abhalten wollen. Die ukrainische Führung sieht darin einen Verstoß gegen das Minsker Abkommen von Februar.

Putin sagte in Paris eine Kontaktaufnahme mit den Aufständischen wegen der Abstimmungen zu.

Rund um die Welt

In einer scharfen Rede hat der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu nicht nur vor dem Iran gewarnt, sondern auch den Vereinten Nationen Vorurteile gegen sein Land vorgeworfen. „Die UN sind extrem feindlich gegenüber Israel, der einzigen Demokratie im Nahen Osten“, sagte Netanjahu am Donnerstag vor der UN-Vollversammlung. „Wir erleben hier ein exzessives Niedermachen Israels.“ In den vier Jahren des Mordens in Syrien

hatte die UN-Vollversammlung nur einmal die Gewalt in Syrien verurteilt, aber 20 Mal Israel.

Als „Schrei aus Verzweiflung“ hat der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland das Aufkündigen des Oslo-Friedensprozesses durch den Palästinenserpräsidenten bezeichnet. Als Reaktion auf die Rede von Mahmud Abbas in der UN-Vollversammlung in New York sagte Avi Primor am Donnerstag im Deutschlandfunk: „Aber ich glaube nicht, dass er wirk-

lich die Absicht hat, die Palästinensische Autonomie aufzugeben.“ Abbas hatte am Mittwoch gesagt, dass sich die Palästinenser nicht länger an die 1993 geschlossenen Abkommen gebunden fühlen. Der Vertrag sah auch den Aufbau einer Autonomieverwaltung im Gazastreifen und im Westjordanland vor – deren Präsident Abbas ist. Aus Primors Sicht merkt Abbas, dass seine Beliebtheit in der Bevölkerung schwinde.

Entwurf zu Transitzonen: Flüchtlinge bis zu einer Woche festhalten

Berlin (dpa) – Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will die rechtliche Möglichkeit schaffen, Flüchtlinge künftig vor der Entscheidung über die Einreise nach Deutschland bis zu einer Woche in Transitzonen an den Landesgrenzen festzuhalten. Das sieht ein Referentenentwurf aus dem Innenressort vor, der nun in der Ressortabstimmung ist und der Deutschen Presse-Agentur seit Donnerstag vorliegt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge soll in diesem Zeitraum in einem Schnellverfahren über einen Asylantrag entscheiden. Wird dieser abgelehnt, soll die Einreise verweigert werden.

Die geplante Regelung ist vor allem auf Menschen aus „sicheren Herkunftsstaaten“ vom Balkan gemünzt, die auf dem Landweg in die Bundesrepublik kommen, um hier Asyl zu beantragen, und an der Grenze aufgegriffen werden. Ihre Aussichten auf Asyl sind sehr gering. Aber auch Menschen ohne Papiere könnten in solchen Transitzonen landen.

Die Entscheidung über ein Asylgesuch läge wie in anderen Fällen beim BAMF, das alle Asylanträge in Deutschland bearbeitet. Eine

Anhörung könnten allerdings auch Bundespolizisten übernehmen, sofern sie vorher ausreichend geschult wurden.

„Da die Prüfung vor einer Einreise nur möglich ist, wenn noch keine faktische Einreise erfolgt ist, lässt sich das Verfahren nur im Fall einer freiheitsentziehenden Maßnahme umsetzen“, heißt es in dem Entwurf. Und weiter: „Kann über die Zulässigkeit nicht innerhalb einer Woche entschieden werden oder ist eine Unterbringung an der Grenze nicht möglich, ist die Einreise unabhängig von den Erfolgsaussichten des Asylantrags zu gestatten.“ In diesen Fällen soll ein Asylbewerber in eine Erstaufnahmestelle geschickt werden.

Das Instrument ist gekoppelt an Grenzkontrollen. Andernfalls ließen sich die Flüchtlinge, auf die das Verfahren abzielt, nicht aus dem Reisestrom herausgreifen. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollen komplett von dem Verfahren ausgenommen werden.

Ein ähnliches Prozedere existiert schon im „Flughafenverfahren“ – einer Sonderregelung für Asylbewerber, die auf dem Luftweg nach Deutschland kommen: Wer keine oder gefälschte Ausweispapiere bei

sich hat oder aus einem „sicheren Herkunftsland“ kommt, kann am Flughafen festgehalten werden – und sein Asylgesuch wird innerhalb weniger Tage bearbeitet. In dieser Zeit hält sich der Ausländer im Transitbereich des Airports auf und wird im Zweifel direkt von dort aus zurück in die Heimat geschickt.

Nach bisheriger Rechtslage ist es nicht möglich, dies Verfahren auch auf die Landesgrenzen zu übertragen. In einer Asylverfahrensrichtlinie der EU wird den Mitgliedsstaaten aber genau diese Option eingeräumt. Deutschland hätte die Richtlinie eigentlich längst umsetzen müssen, ließ die Frist aber verstreichen. Nun will die Regierung die Umsetzung der Richtlinie mit dem Gesetzentwurf nachholen – und gleichzeitig die Grundlagen für neue Transitzonen legen.

Aus Regierungskreisen hieß es, ein solches Gesetz bedeute keineswegs, dass in kürzester Zeit flächendeckend Transitzonen an der bayerisch-österreichischen Grenze entstünden. Es gehe nur darum, die rechtliche Möglichkeit für ein solches Verfahren zu schaffen, um bei Bedarf darauf zurückgreifen zu können. Daher gebe es auch noch kei-



Am Grenzübergang Röske 1 nach Ungarn, der geschlossen ist, warten Flüchtlinge vor dem Registrierungscontainer. Ungarn hat seine Grenze zu Serbien für Flüchtlinge geschlossen. Lediglich an zwei Stellen entlang des 175 Kilometer langen Grenzraums richteten die Behörden sogenannte „Durchlasspunkte“ oder „Transitzonen“ ein, in denen eine begrenzte Zahl an extrem verkürzten Asylverfahren durchgeführt werden kann.

ne abgeschlossenen Vorstellungen zu Details, wo, in welcher Zahl und mit welcher Personalbesetzung solche Zonen kommen könnten.

Die Opposition hatte die Idee zuletzt bereits scharf kritisiert. Auch mehrere SPD-Politiker äußerten sich skeptisch.

Kunststück im Kampf um die Kitas – wie der Durchbruch gelang

Hannover (dpa) – Als Verdi-Chef Frank Bsirske nach dreitägigen Verhandlungen die Hotlobby in Hannover verlässt, zeigt er sich ziemlich erfolgsgewiss. „Insgesamt wird das Ergebnis anschlussfähig sein.“ Gemeint ist: Die Gewerkschaftsbasis wird den erzielten Kompromiss höchstwahrscheinlich nicht noch einmal zu kippen wagen.

Das bange Warten im zähen Kita-Konflikt hat wohl ein Ende – Eltern können bundesweit aufatmen, und Zehntausende Erzieherinnen und Sozialarbeiter sich über mehr Geld freuen. Streiks sind vom Tisch zumindest wenn es nach Bsirske geht. Aber wurde nicht deutlich weniger erreicht, als ursprünglich gefordert und wohl auch von vielen Erzieherinnen auf den Demos vom Frühjahr erwartet?

Über Jahrzehnte seien die typischen Frauenberufe im Erziehungs- und Sozialdienst beim Lohn diskriminiert worden, meint Bsirske. Das lasse sich eben nicht „im Handstreich“ beseitigen. Vehement hatte der Gewerkschaftsboss über Monate immer wieder eine generelle Aufwertung dieser Berufe gefordert. Zehn Prozent mehr Geld sollte es geben. Sieben Monate Tarifstreik, vier Wochen Streik – nur ein Handstreich?

Doch nun zählt anderes. Diesmal soll der mühsam ausgehandelte Kompromiss mit den kommunalen Arbeit-

gebern den Verhandlungsführern nicht wieder um die Ohren fliegen wie im Sommer der Schlichterspruch.

Diesen hatten die Gewerkschaftsmitglieder niedergestimmt. Die Bundestarifkommission werde am Freitag wohl beschließen, „die Urabstimmung einzuleiten und die Annahme des Ergebnisses und die Beendigung des Streiks zu empfehlen“, sagt Bsirske jetzt. An diesem Donnerstag stellt sich der Gewerkschaftschef erst einmal Streikdelegierten in Düsseldorf.

Dass die Verdi-Basis sich jetzt zur Annahme durchringt, sei auch seine „große Hoffnung“, gibt der Präsident der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), Thomas Böhle, zu Protokoll. Dabei sollen die Kommunen im Vergleich zum Schlichterspruch kaum mehr Geld locker machen müssen – laut VKA insgesamt 315 Millionen Euro, also neun Millionen Euro mehr. Trotzdem soll es spürbare Verbesserungen geben – Zauberei? Die Verhandlungsführer tun sich etwas schwer, das Kunststück zu erklären. Das liegt an der komplizierten Entgelttabelle mit 17 Berufsgruppen und sechs Gehaltsstufen, um die es geht. Im Kern hatten die Verdianer unter anderem kritisiert, für Erzieherinnen im unteren Lohnbereich und für Sozialarbeiter sei bei der Schlichtung zu wenig herausgesprungen.

Hamburg verabschiedet Gesetz zur Beschlagnahme von Immobilien

Hamburg (dpa) – Zur Unterbringung von Flüchtlingen können in Hamburg voraussichtlich schon von kommender Woche an leerstehende Immobilien beschlagnahmt werden. Nicht betroffen von der bis März 2017 befristeten Regelung sind Privatwohnungen. Die Bürgerschaft verabschiedete am Donnerstag in zweiter und letzter Lesung mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken das umstrittene „Gesetz zur Sicherung der Flüchtlingsunterbringung in Einrichtungen“. Nach Angaben des rot-grünen Senats geht es nur um Hallen, in denen viele Menschen unterkommen können. Laut Innenbehörde erreichen derzeit täglich 400 bis 500 Flüchtlinge die Hansestadt.

Pegida-Gründer Bachmann soll wegen Volksverhetzung vor Gericht

Dresden (dpa) – Die Dresdner Staatsanwaltschaft hat gegen Lutz Bachmann, den Gründer des fremden- und islamfeindlichen Pegida-Bündnisses, Anklage wegen Volksverhetzung erhoben. Grundlage sind die im Januar aufgetauchten Facebook-Posts aus dem Herbst 2014, in denen Bachmann Ausländer als „Viehzeug“, „Gelumpe“ und „Dreckspack“ bezeichnet hatte.

Damit habe er in Kauf genommen, den öffentlichen Frieden zu stören, erklärte die Anklagebehörde am Freitag. Die Staatsanwaltschaft legt Bachmann zur Last, er habe die Menschenwürde der Flüchtlinge angegriffen, sie beschimpft und böswillig verächtlich gemacht und dadurch zum Hass gegen sie aufstachelte. Die Anklagebehörde hatte seit Januar ermittelt. Die Klage wurde beim Amtsgericht Dresden erhoben. Dort muss nun ein Schöffengericht über die Zulassung und gegebenenfalls die Eröffnung eines Hauptverfah-

Jugendschutzbericht: Immer mehr Fremdenhass im Internet

Mainz (dpa) – Jugendliche werden im Internet deutschen Experten zufolge immer häufiger zu Gewalt gegen Flüchtlinge, Muslime, Juden oder Homosexuelle angestachelt. Die Zahl rechtsextremer Webangebote sei von 5507 im Jahr 2013 auf 6172 im vergangenen Jahr gestiegen, warnte das Zentrum jugendschutz.net in dem veröffentlichten Bericht „Rechtsextremismus online“.

Soziale Netzwerke seien für Rechtsextreme die ideale Plattform zur Rekrutierung von Anhängern, heißt es darin. „Jugendliche bleiben dabei die wichtigste Zielgruppe.“ Die Jugendminister gründeten jugendschutz.net 1997, um Angebote im Internet zu überprüfen.

IS-Terrorist in Deutschland zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt

Düsseldorf (dpa) – Ein Gericht in Deutschland hat einen 22-jährigen Mann als IS-Terroristen zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Das Düsseldorfer Oberlandesgericht sah es als erwiesen an, dass er in Syrien zur Terrorgruppe „Islamischer Staat“ gestoßen war.

Der Angeklagte aus Mülheim/Ruhr hatte eingeräumt, „großen Blödsinn“ gemacht zu haben. Er sei „froh, wieder hier zu sein“. Inzwischen habe er sich von der islamistischen Szene abgewandt. Der Angeklagte habe nach anfänglichem Zögern ein nahezu umfassendes Geständnis abgelegt und Einblicke in den Ausbildungsablauf und das Alltagsleben von IS-Rekruten gegeben, betonte die Vorsitzende Richterin Barbara Havliza.

Amtsleiter: 290.000 Flüchtlinge in Deutschland noch nicht registriert

Nürnberg (dpa) – Der neue Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Frank-Jürgen Weise, beklagt eine unübersichtliche Flüchtlingssituation in Deutschland.

Bislang gebe es keinen guten Überblick, wie viele Menschen ins Land kämen, wo sie sich aufhielten, wie sie verteilt und ihre Anträge bearbeitet würden, sagte Weise am Mittwoch in Nürnberg. Hier müsse mehr Transparenz her. Auch Rückstände müssten dringend aufgearbeitet werden. Schätzungen nach seien 290.000 Flüchtlinge in Deutschland noch nicht registriert.

Weise ist Chef der Bundesagentur für Arbeit (BA) und hatte nach dem Rückzug des bisherigen BAMF-Präsidenten Manfred Schmidt vor einigen Tagen zusätzlich die Leitung der Migrationsbehörde übernommen.



Eine Mutter geht mit ihrem Kind in einem Kinderwagen vorbei an einem Graffiti „KITA“ in Hannover.

„Königin der Nacht“: Schau über Schweizer Party-Queen in New York

New York (dpa) – Kleider aus Puppenköpfen, schwarze Perücken mit Zöpfen bis zum Boden, goldglänzende Stiefel mit vielen Zentimeter hohen Plateau-Absätzen und ausladende weiße Engelsflügel: Die Outfits von Susanne Bartsch können gar nicht schrill genug sein. Auch noch auf der vollsten Tanzfläche im dunkelsten Club muss sie damit auffallen, herausstechen und fotografiert werden können, das gehört zu ihrem Job. Bartsch ist Partyveranstalterin und hat sich mit ihren Sausen in New York zur Legende hochgefeiert. In den 80er Jahren schmiss die Schweizerin die schrillsten und angesagtesten Feiern der Millionenmetropole – und war dabei selbst stets greller Mittelpunkt.

„Ich liebe es, Menschen zusammenzubringen“, sagte Bartsch einmal der „Huffington Post“. „Das ist einfach magisch. Sie lieben dann,

wer sie sind, und sie lieben, was sie machen, und in diesen Gefühlen sind sie vereint. Das liebe ich am Nachtleben. Es ist wie ein High und vielleicht ist es eine Droge, aber es fühlt sich einfach so gut an.“ Zuletzt war es stiller um Bartsch geworden, auch wenn sie noch immer zahlreiche Partys auf der ganzen Welt organisiert – aber jetzt entdeckt ihre Wahlheimat sie dank einer großen Ausstellung wieder. Noch bis zum 5. Dezember zeigt das Museum der Mode-Universität Fashion Institute of Technology (FIT) die rund 100 ausgefallensten Outfits der „Königin des New Yorker Nachtlebens“ in der Schau „Fashion Underground: The World of Susanne Bartsch“.

Nach New York war die in Bern geborene und schon mit 17 Jahren nach London ausgewanderte Bartsch Anfang der 80er Jahre eigentlich wegen eines Mannes ge-

kommen. „Ich kam wegen einer Affäre. Ich kam zum Valentinstag und habe mich in die Stadt verliebt, den Typ habe ich sofort wieder vergessen.“ Bartsch blieb, mietete sich im berühmten Chelsea Hotel ein und verkaufte zunächst aus London importierte Klamotten, bis sie schließlich ein paar Jahre später ihre erste Party organisierte – und sofort Erfolg hatte. Auf den legendären Feiern der Schweizerin mischten sich Schwule, Lesben und Transvestiten in grellen Kostümen mit Wall Street Bankern im Anzug. „Susanne hat all diese merkwürdigen Menschen zusammengebracht und sie zu Ikonen gemacht“, sagte DJane Anita Sarko dem „New York Magazine“.

Doch in die Zeit der wilden Sausen bricht jäh die Aids-Epidemie herein. „Mehr und mehr Menschen starben. Ich musste mein halbes Adressbuch durchstreichen und



Die Party-Veranstalterin Susanne Bartsch (l-r) steht auf der New York Fashion Week neben US-Schauspielerin Bette Midler, US-Fashion-Stylelist Patricia Field und Sophie von Haselberg.

wurde sehr depressiv.“ Bartsch organisiert Benefiz-Partys und sammelt Millionen Dollar für die Aids-Hilfe. In dieser Zeit lernt sie David Barton kennen, der mit einer Kette von Fitnessstudios in New York berühmt geworden ist. 1994 wird der gemein-

same Sohn Bailey geboren, ein Jahr später heiratet das Paar in einer schrillen Zeremonie mit 43 Brautjungfern. Bartsch nimmt eine jahrelange Auszeit als Mutter. Inzwischen hat Bailey schon einen Schulabschluss und seine Eltern sind wieder getrennt.

Brasiliens Parlamentschef im Zwielficht – Kontosperrung in Schweiz

Rio de Janeiro (dpa) – Ein mutmaßlich dem unter Korruptionsverdacht stehenden Präsidenten des brasilianischen Abgeordnetenhauses, Eduardo Cunha, zuzuordnendes Schweizer Bankkonto ist blockiert worden. Wie die Zeitung „Estado do São Paulo“ unter Berufung auf entsprechende Informationen der Schweizer Behörden berichtete, gibt es bei dem Konto Verdachtsmomente im Kontext mit dem Brasilien seit Monaten erschütternden Bestechungsskandal um den halb-

staatlichen Ölkonzern Petrobras. Dabei geht es um Schmiergelder etwa für den Bau von Bohrseln oder Raffinerien. Der inhaftierte Bauunternehmer Júlio Camargo hatte ausgesagt, Cunha habe fünf Millionen Dollar Schmiergeld bekommen – er bestreitet die Verwicklung in illegale Machenschaften.

Cunha ist ein führender Kopf von Staatspräsidentin Dilma Rousseffs größten Koalitionspartner, der Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB).

Schweiz ermittelt wegen Edelmetall-Abreden gegen Deutsche Bank

Bern (dpa) – Die Schweizer Wettbewerbsbehörden haben Ermittlungen gegen die Deutsche Bank und eine Reihe weiterer Finanzkonzerne wegen des Verdachts illegaler Abreden im Handel mit Edelmetallen eingeleitet. Von den Untersuchungen seien auch die Schweizer Banken UBS und Julius Bär sowie die in London ansässigen Banken HSBC, Barclays, die US-amerikanische Bank Morgan Stanley und das japanische Unternehmen Mitsui betroffen, teilte die Wettbewerbskommission (Weko) in Bern mit.

Es gebe Anhaltspunkte dafür, dass unter den Banken „mögli-

cherweise unzulässige Wettbewerbsabreden im Handel mit Edelmetallen getroffen wurden“, heißt es in der Mitteilung. Insbesondere bestehe der Verdacht, dass es Abreden zu sogenannten Spreads – der Differenz zwischen Nachfrage- und Angebotskurs – gab. Als Edelmetalle gelten dabei laut Weko Gold, Silber, Platin und Palladium.

Die Deutsche Bank wollte sich zu den Vorwürfen nicht konkret äussern. „Wir kooperieren mit den Behörden“, sagte ein Sprecher in Frankfurt. Deutschlands größtes Geldinstitut hatte den Handel mit Edelmetallen im November 2014 eingestellt.



Sonne scheint durch das Martinsloch

Besucher schauen zu, wie die Sonne durch das Martinsloch im Tschingelhorn auf die Kirche in Elm im Kanton Glarus leuchtet. Nur zweimal im Jahr ist dieses Naturspektakel zu sehen: im Frühling und Herbst. Es dauert nur etwa zweieinhalb Minuten und dann verschwindet die Sonne wieder, bevor sie endgültig aufgeht. Kurz bevor sie durch das Loch scheint, ist ein etwa fünf Kilometer langer Strahl sichtbar.

„Big Manni“ wieder angeklagt – Flowtex-Skandal vor Schweizer Gericht

Frauenfeld (dpa) – Einer der spektakulärsten Fälle von Wirtschaftskriminalität in der deutschen Geschichte bekommt in der Schweiz ein juristisches Nachspiel: Der 2003 vom Landgericht Mannheim wegen Milliardenbetrugs zu elfenhalb Jahren Haft verurteilte Ex-Chef der Firma Flowtex, Manfred Schmider, und vier weitere Angeklagte müssen sich vom 5. Oktober an vor dem Bezirksgericht Frauenfeld verantworten. Ihnen wird Veruntreuung, Geld-

wäscherei, Betrug und Steuerbetrug in Millionenhöhe vorgeworfen, erklärte eine Justizsprecherin am Montag. Sie bestätigte entsprechende Berichte der „Süddeutschen Zeitung“ sowie der Schweizer „Sonntagszeitung“.

Schmider, der sich einst als „Big Manni“ in Baden-Württemberg guter Beziehungen zur Politik erfreute, soll laut Staatsanwaltschaft des Kantons Thurgau mit Hilfe Schweizer Finanzinstitute Vermö-

genswerte veruntreut und der Flowtex-Insolvenzmasse in Deutschland entzogen haben. Von den elfenhalb Jahren Haft saß Schmider zwei Drittel ab, der Rest wurde 2007 zur Bewährung ausgesetzt.

Die Firma hatte sich im Jahr 2000 als gigantische Betrugsmaschine entpuppt. Über die Firma „verkaufte“ Schmider Spezialbohrgeräte, von denen die meisten gar nicht existierten. Der Schaden belief sich auf 2,6 Milliarden Euro.

Schlager und Samstagabendshow: Paola Felix wird 65

St. Gallen (dpa) – Paola Felix moderierte im Fernsehen für ein Millionenpublikum. Und sang für ihr Heimatland beim Grand Prix Eurovision de la Chanson, dem heutigen Eurovision Song Contest. Die ARD-Unterhaltungsshow „Verstehen Sie Spaß?“ prägte sie an der Seite ihres Mannes. Vor 25 Jahren, im Jahr 1990, stieg sie aus ihrem Beruf und damit aus der Öffentlichkeit aus. Und bereut es bis heute nicht, wie sie sagt. Am Montag wurde Paola Felix 65 Jahre alt. Sie lebt in St. Gallen in der Schweiz, ihrem Geburtsort.

„Am Geburtstag werde ich mit der Familie zusammen sein. Meine Mutter spielt an diesem Tag die Hauptrolle“, sagt Paola Felix im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur. „Sehr zufrieden“ sei sie, wenn sie auf ihr bisheriges Leben und ihre Karriere zurückblicke.

In Erinnerung bleibt sie Fernsehzuschauern mit „Verstehen Sie Spaß?“. Paola präsentierte die Samstagabendshow gemeinsam mit ihrem Mann von 1983 bis 1990. Kurt Felix (1941-2012) hatte die Sendung erfunden und 1980 ins Fernsehen gebracht – in dem Jahr, in dem Kurt und Paola heirateten. Die beiden Schweizer entwickelten sich zu TV-Lieblingen der 80er Jahre, wurden zu „Deutschlands Traumpaar“ und zum „beliebtesten Moderatorenpaar Deutschlands“ gekürt, bekamen Preise und Auszeichnungen.

Die Fernsehshow mit Filmen der versteckten Kamera läuft bis heute, moderiert wird sie von Guido Cantz. „Mich hat sehr beeindruckt, wie liebevoll Kurt und Paola Felix miteinander umgegangen sind“, sagt der



Paola und Kurt Felix moderieren eine Ausgabe ihrer Unterhaltungssendung „Verstehen Sie Spaß?“.

44-Jährige der dpa: „Geleert hab ich von den beiden, dass man Menschen reinlegen kann und trotzdem respektvoll behandelt.“ Die Ideen und Filme von damals, erinnerte sich jüngst Paola, seien Kult.

Doch es gab nicht nur Fernsehen: Paola Felix, geborene Del Medico, machte sich früh als Sängerin einen Namen – und wurde so zur schönen Stimme der Schweiz. Ihre Schlager schafften es in die Hitparaden, auch in Deutschland. 1969 nahm sie erstmals am Grand Prix Eurovision de la Chanson teil und belegte mit „Bonjour, Bonjour“ den fünften Platz. 1980 schaffte sie es bei ihrer zweiten Teilnahme an dem Wettbewerb mit dem „Cinéma“ auf Platz vier.

Ihre größten kommerziellen Erfolge als Sängerin hatte Paola in den 70er und 80er Jahren mit Schlagern wie „Caprifischer“, „Peter Pan“,

„Stille Wasser, die tief sind“ oder „Addio, mein Napoli“. Und mit Coverversionen: mit deutschen Aufnahmen von Roy Orbisons „Blue Bayou“ im Jahr 1978 sowie 1981 mit Johnny Cashs „A Thing Called Love“ als „Der Teufel und der junge Mann“. Als Sängerin und Entertainerin stand sie, seit sie 15 Jahre alt war, auf der Bühne und vor Fernsehkameras. Bis sie, im Alter von 40 Jahren, schließlich selbst Schluss machte und sich aus dem Showbusiness verabschiedete.

„Ich erinnere mich: Mein Beruf hat mich damals aufgefressen, weil ich von ihm angegriffen war“, sagt sie. „Ich wollte all das nachholen, wofür ich früher keine Zeit hatte.“ Zum Beispiel Freizeit, Sport, Reisen: „Es war die schönste Zeit meines Lebens, die ich mit Kurt, meiner großen Liebe, verbringen durfte.“

Höhenflug: FPÖ will nach Wahlerfolg in Oberösterreich Wien erobern

Die Rechtspopulisten gehen gestärkt von einem regionalen Wahlerfolg und der Flüchtlingskrise selbstbewusst in die Wiener Gemeinderatswahl am 11. Oktober. Auch bundesweit erlebt die FPÖ in Österreich einen Höhenflug.

Linz (dpa) – Beflügelt von ihren massiven Gewinnen bei der Regionalwahl in Oberösterreich will die rechte FPÖ nun in zwei Wochen in Wien einen noch größeren Erfolg einfahren. „In Wien ist alles möglich“, sagte Parteichef Heinz-Christian Strache mit Blick auf die Gemeinderatswahl am 11. Oktober in der Bundeshauptstadt. Dort ist der Rechtspopulist Spitzenkandidat. Auf Wahlplakaten hat er zur „Oktober-„Revolution“, aufgerufen, um erstmals seit 1945 die Sozialdemokraten aus dem Bürgermeisteramt zu kippen.

Die SPÖ liegt in Meinungsumfragen für Wien zwar vor der FPÖ, doch das dominierende Flüchtlingsthema könnte den Rechten am 11. Oktober wie in Oberösterreich starke Gewinne bescheren. In Wien und dem Rest Österreichs haben in den vergangenen Wochen zwar die vielen freiwilligen Flüchtlingshelfer die Berichterstattung über das Migrationsthema dominiert. Doch

wer in der Straßenbahn oder in Gaststätten genau hinhörte, konnte ein ängstliches Grundgefühl bei Vielen nicht überhören. Vergangenen Sonntag wurde dieses zweite Gesicht Österreichs greifbar: Die FPÖ verdoppelte bei der Wahl zum oberösterreichischen Landesparlament ihre Stimmen auf 30,4 Prozent.

Während Oberösterreichs ÖVP-Ministerpräsident eine Koalition mit den Rechten noch nicht ausgeschlossen hat, hat sich Wiens sozialdemokratischer Bürgermeister Michael Häupl schon klar positioniert. „Ich stelle einfach fest, dass bei den politischen Inhalten, die wir vertreten und bei den politischen Inhalten, die die FPÖ vertritt, keine Kompatibilität möglich ist“, sagte er.

Die SPÖ rutschte in Oberösterreich gegenüber der Wahl 2009 um 6,6 Prozentpunkte auf 18,4 Prozent ab, erkannte aber an, dass das Thema Asyl und die vielen Tausende Neuankommlinge entschei-



Manfred Haimbuchner (l) und Heinz-Christian Strache feiern den Sieg der FPÖ in Oberösterreich.

dend für den Urnengang waren. „Viele Menschen haben Angst, tiefgreifende Angst“, gab Bundesgeschäftsführer Gerhard Schmid zu. Für fast zwei Drittel der 1,1 Millionen Wähler in dem Bundesland an der bayerischen Gren-

ze war das Thema Flüchtlinge ein wichtiges Wahlmotiv, berichteten Meinungsforscher des Instituts „Public Opinions Strategies“. Doch das Thema nützt derzeit nicht nur der FPÖ. Auch in den Niederlanden, Italien, der Schweiz oder

Schweden haben Rechtspopulisten Zulauf verzeichnet.

Obwohl regional gewählt wurde, war es die Bundesregierung, die in Oberösterreich abgestraft wurde. Neben der SPÖ von Bundeskanzler Werner Faymann erlitt die konservative ÖVP einen Verlust von 10,4 Prozentpunkten und fiel auf 36,4 Prozent.

Konservative Minister der Bundesregierung hatten kurz vor der Wahl vergeblich versucht, den rechten Erfolg einzudämmen. Sie setzten Kontrollen und einen Heeresinsatz an den Grenzen durch, und sie lancierten Pläne für eine restriktivere Asylpolitik. „Wir müssen als Bundesregierung schon darüber nachdenken, dass wir die Kommunikation verbessern“, sagte Reinhold Lopatka, ÖVP-Fraktionschef im Parlament in Wien.

Kommentatoren waren am Montag noch damit beschäftigt, Szenarien für die Wien-Wahl zu beleuchten. Dass die FPÖ drei Jahre vor der nächsten Parlamentswahl bundesweite Umfragen anführt, wird spätestens nach dem 11. Oktober stärker in den Fokus rücken.

Tschechische Armee testet Flüchtlings-Einsatz an Grenze zu Österreich

Prag (dpa) – Armee und Polizei in Tschechien haben eine Grenzschutzübung absolviert. Etwa 500 Polizisten und 300 Soldaten probten dabei einen gemeinsamen Einsatz für den Fall, dass die „Migrationsströme“ anwachsen, wie das Innenministerium in Prag mitteilte. Die kurzfristig angekündigte eintägige Übung findet nur an der gut 360 Kilometer langen tschechisch-österreichischen Grenze statt. Polizisten und Soldaten sollten im Tagesverlauf an rund 20 früheren Grenzübergängen Station beziehen. Auch die grüne Grenze sollte übungshalber patrouilliert werden. Der internationale Verkehr sollte nicht beeinträchtigt sein. Die Mitte-Links-Regierung in Prag will Soldaten an die Grenzen schicken, sobald an einem Tag mehr als 750 illegale Übertritte gezählt werden.

Österreich: Assad kann nur Verhandlungspartner, nicht Zukunft sein

New York (dpa) – Im Streit um den Umgang mit Baschar al-Assad hat Österreich eine Beteiligung des syrischen Machthabers an Friedensverhandlungen vorgeschlagen, zugleich aber eine politische Zukunft Assads ausgeschlossen. „Wir müssen alle relevanten Parteien an einen Tisch bringen“, sagte Österreichs Außenminister Sebastian Kurz am Donnerstag vor der UN-Vollversammlung.

„Lassen Sie mich deutlich sagen: Das heißt nicht, dass die jetzige Führung Syriens Teil einer langfristigen Lösung sein kann“, sagte Kurz. „Dafür hat sie zu viel unendliches Leid über das syrische Volk gebracht. Aber wenn man Frieden will, verhandelt man nicht nur mit seinen Freunden.“ Ein Erfolg sei davon abhängig, ob die großen regionalen Partner wie Saudi-Arabien, die Türkei, Ägypten und Iran gemeinsam handeln.

VW-Dieselskandal: 363.400 Autos in Österreich müssen in Werkstätten

Salzburg (dpa) – Von den weltweit 11 Millionen Autos der verschiedenen Volkswagen-Konzernmarken, deren Abgasmessungen manipuliert wurden, sind 363.400 Fahrzeuge in Österreich betroffen. Die Autobesitzer sollen bald schriftlich darüber informiert werden, dass „das Abgasverhalten ihres Fahrzeugs in Kürze nachgebessert werden kann“, wie die Porsche-Holding in Österreich mitteilte. Der von VW präsentierte Aktionsplan sieht vor, dass die betroffenen Marken im Oktober den zuständigen Behörden technische Lösungen vorstellen. Die Kunden sollen in den nächsten Wochen und Monaten über eine „Servicemaßnahme“ informiert werden, die sie für ihre Autos erhalten können.

Morales bedankt sich bei Fischer wegen Landeurlaubnis

La Paz (dpa) – Boliviens Staatschef Evo Morales hat dem österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer seine Anerkennung für die Landeurlaubnis seines Flugzeugs 2013 in Wien ausgesprochen. Morales hat Fischer in La Paz mit einem Orden ausgezeichnet. Mehrere europäische Staaten hatten Anfang Juli 2013 der bolivianischen Präsidentenmaschine auf der Rückreise von einem Besuch in Moskau den Flugraum gesperrt, weil das Gerücht lief, der ehemalige US-Geheimdienstler Edward Snowden befinde sich an Bord. Morales musste eine Nacht im Wiener Flughafen verweilen, bis sich erwies, dass Snowden Russland nicht verlassen hatte. Beide Staatschefs unterzeichneten ein Abkommen zur Erweiterung der Zusammenarbeit in Infrastrukturprojekten.



Flüchtlinge warten an der österreichisch-deutschen Grenze bei Freilassing.

Kein Bahnverkehr von Salzburg nach Deutschland bis 12. Oktober

Wien (dpa) – Der Bahnverkehr zwischen Salzburg und Deutschland bleibt wegen der Flüchtlingslage länger als geplant unterbrochen. Auf Anweisung der deutschen Behörden fahren bis zum 12. Oktober auf der Strecke nach Bayern keine planmäßigen Züge, wie die österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) mitteil-

ten. Ursprünglich sollte die Sperre zunächst bis zum 4. Oktober andauern. Betroffen sind demnach sowohl der Fern- als auch der Nahverkehr in beiden Richtungen. Wegen des großen Andrangs an Flüchtlingen ist der Zugverkehr zwischen Österreich und Deutschland seit mehr als zwei Wochen beeinträchtigt.

Bürgermeister veröffentlichen Handbuch für Flüchtlinge

Wien (dpa) – Österreichische Bürgermeister haben einen Leitfadens zum Umgang mit Flüchtlingen veröffentlicht. In dem 60-Seiten-Werk finden sich Ratschläge wie etwa die Schaffung einer Willkommenskultur vor Ort und die Bildung von Freiwilligennetzwerken. Auch Themen wie die finanzielle Unterstützung und die Vermittlung von Arbeitsperspektiven für Flüchtlinge werden behandelt.

An der Publikation waren rund 100 Bürgermeister und Ortsvor-

steher aus ganz Österreich beteiligt. Neben den Herausforderungen werden auch „Erfolgsgeschichten“ dokumentiert, etwa aus Alberschwende in Vorarlberg. In dem 3000-Einwohner-Ort stellte sich ein Teil der Dorfgemeinschaft schon vor Monaten schützend vor eine Gruppe syrischer Flüchtlinge, die im Rahmen des Dublin-Verfahrens zurück nach Italien und Ungarn geschickt werden sollten. Das Handbuch ist frei im Internet erhältlich.

Tödlicher Autounfall mit Flüchtlingen in Österreich

Mühlheim am Inn (dpa) – Eine Autofahrerin hat in Österreich nahe der deutschen Grenze eine Gruppe von Flüchtlingen erfasst, eine Frau kam dabei ums Leben. Die 61-Jährige prallte am Freitagabend auf einer Landstraße in Mühlheim am Inn gegen vier Menschen, wie die Polizei am Samstag mitteilte. Die Flücht-

linge kamen ihr demnach in der Dunkelheit zu Fuß auf der Fahrbahn entgegen. Eine 38-Jährige aus Afghanistan erlitt tödliche Verletzungen. Ihre zwölfjährige Tochter, sowie ein 20-Jähriger aus Afghanistan und ein 22 Jahre alter Pakistaner wurden schwer verletzt. Sie wurden in Krankenhäuser gebracht.



Skulptur „Balloon Venus“

US-Künstler Jeff Koons (l) und der Leiter des Naturhistorischen Museums (NHM) in Wien, Christian Köberl, präsentieren die Skulptur „Balloon Venus (Orange)“, 2008 - 2012“. Koons Skulptur wird bis zum 13. März nächsten Jahres in dem Museum zu besichtigen sein. Inspiration erhielt der Künstler von der „Venus von Willendorf“, die Venusfigurine aus der jüngeren Altsteinzeit, welche im NHM ausgestellt ist.

Abgas-Ärger und kein Ende – VW steckt tief in der Problemzone

Wolfsburg (dpa) – Im Abgas-Skandal kommt Europas größter Autobauer Volkswagen nicht aus der Problemzone. In Frankreich und Deutschland drohen wegen der Manipulationen bei Diesel-Fahrzeugen weitere Prozesse, Kanzleien suchen im Heimatmarkt der Wolfsburger nach Geschädigten für Sammelklagen. In Mexiko standen am Samstag die Bänder still, in Australien stoppte die Tochter VW. Die US-Umweltbehörde EPA, die den Skandal vor zwei Wochen öffentlich machte, kündigte neue Tests an.

Einbezogen werden könnten auch deutsche Hersteller. Das auf den 25. September datierte Schreiben der EPA richtet sich pauschal an alle Autobauer – Namen einzelner Unternehmen werden nicht genannt. In dem Dokument weist die EPA darauf hin, mit den neuen Verfahren solle geprüft werden, ob möglicherweise Schummelsoftware (Englisch: defeat device) verwendet wird. Sprecher von BMW und Daimler sagten, entsprechende Pläne seien ihnen bekannt.

Auch die kommende Woche verspricht nicht ruhiger zu werden. Am Dienstag spricht der neue VW-Chef Matthias Müller in Wolfsburg



Ein Messschlauch eines Gerätes zur Abgasuntersuchung für Dieselmotoren steckt im Auspuffrohr eines VW Golf 2.0 TDI, fotografiert in einer Werkstatt in Frankfurt (Oder) (Brandenburg).

erstmalig zu den Beschäftigten, tags darauf steht schon die nächste Krisensitzung des Aufsichtsrates auf dem Programm. Als genüge dies nicht, muss am Donnerstag der US-Chef von VW, Michael Horn, im amerikanischen Kongress Rede und Antwort stehen.

Initiator für den neuen Ärger in Deutschland ist ein Privataktionär aus Baden-Württemberg, der beim Landgericht Braunschweig eine Schadenersatz-Klage einreichte,

wie ein Gerichtssprecher bestätigte. Der Mann hatte im April und Juli VW-Vorzugsaktien gekauft und möchte diese Transaktion nun rückabwickeln, teilte seine Kanzlei mit. Laut seiner Anwälte habe der Kläger rund 20.000 Euro verloren.

Auch in den USA arbeiten Rechtsanwälte an Sammelklagen enttäuschter Kunden, unabhängig davon drohen VW Milliardenstrafen der Behörden. Der Aufsichtsrat des Autogiganten drängt einem Bericht

der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ zufolge Konzernchef Müller, rasch in die USA zu reisen und dort Reue zu zeigen.

„Mir ist bewusst, dass Sie als Aktionäre des Konzerns viele Fragen haben, auf die Sie gern eine Antwort hätten“, heißt es derweil in einem auf der VW-Internetseite veröffentlichten Brief Müllers an die Aktionäre. „Ich versichere Ihnen, dass ich Ihnen Antworten geben werde“. Dafür bat Müller aber um Zeit.

Der Skandal wird nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur auch den VW-Aufsichtsrat erneut beschäftigen. Am Mittwoch wird das 20-köpfige Kontrollgremium abermals zu einer Krisensitzung in Wolfsburg zusammenkommen. Dabei soll nach dpa-Informationen auch der Präsidiumsbeschluss zur Wahl des bisherigen VW-Finanzchefs Hans Dieter Pötsch in den Aufsichtsrat abgesegnet werden. Seitens der IG Metall gibt es aber immer noch Kritik an der Personalie. Einen Tag zuvor soll es auf dem Werksgelände eine Betriebsversammlung geben. Dann wird Müller erstmals das Gespräch mit den Beschäftigten suchen.

Im weltweit zweitgrößten VW-Werk in mexikanischen Puebla wurden unterdessen die ursprünglich

für Samstag geplanten Sonder-schichten gestrichen. Dort werden mehr als 500.000 Fahrzeuge pro Jahr gefertigt. Ein Großteil ist für den Export in die USA bestimmt.

Zumindest für die Besitzer von möglicherweise betroffenen Dieselautos gibt es einen kleinen Lichtblick: Nach Audi richtete auch VW eine Internetseite ein, auf der über die Fahrgestell-Nummer überprüft werden kann, ob ein Wagen von den Manipulationen betroffen ist.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) forderte Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) auf, einen Runden Tisch „Verantwortung im Automobilmarkt“ einzurichten. Ziel müsse es sein, für mehr Markttransparenz, bessere Regulierung und ausreichende Kontrolle zu sorgen. So ließe sich auch das Vertrauen der Verbraucher in die Autobranche zurückgewinnen, sagte vzbv-Chef Klaus Müller. Vor zwei Wochen war herausgekommen, dass Volkswagen in den USA mit einem Computerprogramm die Abgaswerte bei Dieseln manipuliert hatte. Weltweit sind laut VW elf Millionen Fahrzeuge betroffen, davon rund 2,8 Millionen in Deutschland. Bereits am 3. September soll Volkswagen gegenüber der EPA die Manipulationen eingeräumt haben.

Weltweite private Geldvermögen auf Rekordhöhe

Frankfurt/Main (dpa) – Die Menschen rund um den Globus sind so reich wie nie – allerdings ist das Vermögen ungleich verteilt. Nach einer Untersuchung des Versicherungskonzerns Allianz stieg das globale Brutto-Geldvermögen der privaten Haushalte im vergangenen Jahr um 7,1 Prozent auf den Rekordwert von 136 Billionen Euro. „Damit könnten die privaten Haushalte sämtliche Staatsschulden der Welt ungefähr dreimal tilgen“, sagte Oliver Bäte, Vorstandsvorsitzender der Allianz SE. Er betonte aber auch, dass diese Vermögen nach wie vor sehr ungleich verteilt sind: „Durchschnittlich entfallen in den von uns untersuchten 53 Ländern auf die ärmere Bevölkerungshälfte nur etwa fünf Prozent der Vermögenswerte.“

Agrarminister wollen von EU Hilfe in der Milchmarktkrise

Fulda (dpa) – Ein Lösungskonzept für die Milchmarkt-Krise ist den Agrarministern von Bund und Ländern bei ihrer Konferenz in Fulda nicht gelungen.

Man könne nicht einfach einen Hebel umlegen, um die Probleme zu beheben, erklärte Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) zum Abschluss des

Staaten machen ernst mit Kampf gegen Steuertricks – Aktionsplan kommt

Berlin (dpa) – Die Top-Wirtschaftsmächte machen ernst im Kampf gegen Steuertricks international agierender Konzerne. Die führenden Industrie- und Schwellenländer (G20) wollen sich nächste Woche über ein Paket aus 15 Maßnahmen gegen Steuergestaltung und Gewinnverlagerungen („BEPS“) verständigen. Damit sollen Schlupflöcher, die vor allem global agierende Konzerne wie Apple, Amazon, Google oder Starbucks zur Senkung ihrer Steuerlast bisher legal nutzen, gestopft werden.

„Wir sind auf der Zielgeraden“, verlaute am Donnerstag aus Regierungskreisen in Berlin. Die Ergebnisse seien „ein Meilenstein in der internationalen Steuerpolitik“. 62 Länder beteiligen sich den Angaben zufolge direkt, weite-

re seien an Beratungen beteiligt. Nun müssten die Empfehlungen auf Basis von Vorschlägen der Industrieländerorganisation OECD auch national umgesetzt werden. Die neuen Regeln sollen ab 2017 greifen.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) legte gestern in Paris das Maßnahmenpaket vor. Die ersten sieben Schritte waren bereits 2014 präsentiert worden, die restlichen folgen nun. Die Finanzminister der G20 wollen das Paket



Demonstranten halten in Berlin selbstgebaute Domino-Steine unter anderem mit dem Aufdruck „Mobilität braucht Steuergerechtigkeit“ und „Pfleger braucht Steuergerechtigkeit“.

dann am Rande der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Lima abschließend beraten.

Negative Inflation im Euroraum setzt EZB unter Zugzwang

Luxemburg (dpa) – Die schwache Inflation in den 19 Euro-Ländern will trotz der erheblichen Geldschwemme der Europäischen Zentralbank (EZB) nicht anspringen. Die Verbraucherpreise im Euroraum gingen im September erstmals seit einem halben Jahr wieder zurück,

wie das Statistikamt Eurostat am Mittwoch in Luxemburg mitteilte. Die jährliche Inflationsrate betrug minus 0,1 Prozent. Das ist der erste Rückgang des Preisniveaus seit März. Im Vormonat waren die Verbraucherpreise leicht um 0,1 Prozent gestiegen.

Deutschland stellt 130 Millionen Euro für Job-Integration bereit

Berlin (dpa) – Für Ausbildung und Integration junger Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt investiert das Bildungsministerium bis 2017 zusätzlich rund 130 Millionen Euro.

Das Geld sei durch die Bundesländer-Vereinbarungen der vorigen Woche abgesichert und komme den Asylsuchenden teilweise schon im laufenden Jahr zugute, sagte Bildungsministerin Johanna Wanka in Berlin. Das Programm unter dem

Motto „Bildung ist der Schlüssel“ sei dringend nötig, weil mehr als die Hälfte der jetzt nach Deutschland kommenden Flüchtlinge jünger als 25 Jahre seien. Entscheidend für Integration sei Spracherwerb, betonte Wanka. Daher werden in Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen sogenannte Lernbegleiter mit entsprechenden Sprachkenntnissen qualifiziert und Lern-Apps für Smartphones („Einstieg Deutsch“, „Deutsch für den Beruf“) entwickelt.



Eine Kuh schaut in einem Stall in Ipthausen (Bayern) hinter vier mit Milch gefüllten Flaschen hervor (Archivbild).

WIRTSCHAFT IN KÜRZE

Der neue Kaufhof-Eigentümer will künftig mehr als 100 Millionen Euro pro Jahr in die Warenhauskette investieren. „Wir werden unser Geschäft sehr offensiv vorantreiben“, kündigte Hudsons-Bay-Manager Don Watros in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ an. Das Unternehmen befindet sich in einer „Position der Stärke“, meinte er. Vorgesehen seien etwa Verbesserungen beim Service und bei der Warenpräsentation. „Verstärkt“ wolle man auch auf den Online-Handel setzen.

In die Tarifverhandlungen für das Bodenpersonal der Luft-hansa ist Bewegung gekommen. Bei der fünften Verhandlungsrunde hat das Unternehmen nach eigenen Angaben für jeden Mitarbeiter eine Einmalzahlung von 1200 Euro für das Kalenderjahr 2015 angeboten. Damit wolle man sie an dem guten erwarteten Ergebnis beteiligen, erklärte Personalchefin Bettina Volken in einer Mitteilung. Die Gewerkschaft Verdi bezeichnete das Angebot zwar als zu niedrig, erklärte sich aber bereit, mit dem Unternehmen in Verhandlungen zu den Betriebsrenten für die rund 33.000 Bodenbeschäftigten einzusteigen.

Das krisengeschüttelte Griechenland muss noch auf neue Milliardenzahlungen aus dem dritten Rettungsprogramm warten. Bevor die restlichen drei Milliarden Euro aus der ersten Kreditrate fließen könnten, müssten zwei umfangreiche Pakete mit Reformen auf den Weg gebracht werden, berichteten EU-Diplomaten am Donnerstag in Brüssel.

Zuwanderung lässt die deutsche Gesellschaft langsamer schrumpfen. Ohne Migranten würde die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2030 auf rund 75,5 Millionen sinken, berechnete das ifo-Institut Dresden im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das wären 5,7 Millionen Menschen weniger als 2014.

